

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 83
Fernschreiber 0686890

P/XIV/181 - 14. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 - 2 | Die Hohe Behörde hilft dem Bergarbeiter Von Dr. Heinz Potthoff Mitglied der Hohen Behörde Luxemburg | 75 |
| 3 - 4 | Algerien vor dem Gipfoltreffen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | 65 |
| 5 - 6 | Niemals dürfen wir vergessen Von tiefen Sinn des Wiedergutachtungsgedankens | 64 |
| 7 | Deutsche Nordgrenze - frei von Spannungen Aufschlussreiche Ergebnisse einer UNESCO-Befragung | 43 |

* * *
* *

Die Hohe Behörde hilft dem Bergarbeiter

Von Dr. Heinz Potthoff

Mitglied der Hohen Behörde Luxemburg

In einigen Bergbaurevieren der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Montanunion, türmt sich die Kohle in bislang nicht gekannten Mengen unverkäuflich auf den Halden. Trotz Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung in allen Bereichen der Wirtschaft ist sie nicht mehr so gefragt wie noch vor wenigen Jahren. Die Gründe dieses Nachfragerückganges liegen offen zutage. Fast über Nacht ist der Kohle vor allem in dem Heizöl ein gefährlicher Konkurrent erwachsen. Er ist es, der in Tausenden Bergarbeiterfamilien die Sorge um die Erhaltung des Arbeitsplatzes einflößen liess. Wie die Entwicklung der letzten Monate beweist, reicht die unternehmerische Initiative zur Überwindung einer Absatzkrise diesen Ausmasses allein nicht mehr aus. Ihr kann nur mit dem nachhaltigen Einsatz wirtschaftspolitischer Mittel begegnet werden. Wichtigste Richtschnur der nationalen wie der übernationalen Wirtschaftspolitik muss es sein, die Kohle angesichts ihrer heutigen Situation konkurrenzfähig zu machen. Das aber bedeutet in manchen Fällen Stilllegung unrentabler Betriebspunkte, ja ganzer Schachtanlagen. Im günstigsten Falle heisst das für den Bergarbeiter Umsetzung, im ungünstigsten Falle aber Freisetzung, das heisst Arbeitslosigkeit.

Die Väter des Montanvertrages waren vorsorglich genug, die Berg- und Stahlarbeiter der Montanunion etwa bei einer Einführung des Gemeinsamen Marktes neuer technischer Verfahren oder auch bei Strukturkrisen wie jetzt im Bergbau nicht schutzlos der Arbeitslosigkeit anheim fallen zu lassen. Mit der Gründung der Kohle- und Stahlgemeinschaft haben die Montanarbeiter eine Gewähr, vor solchen wirtschaftlichen und sozialen Risiken geschützt zu werden. Dieser Schutz sieht wie folgt aus: Nach dem Montanvertrag ist die Hohe Behörde gehalten, vorübergehend arbeitslos gewordenen Montanarbeitern zusätzlich zur Arbeitslosenunterstützung ein Wartegeld zu zahlen, das ihnen erleichtert, ihre Wiedereinstellung abzuwarten. Bei notwendig werdendem Berufswechsel übernimmt die Hohe Behörde die Kosten der Berufsumschulung. Bei unvermeidlich werdendem Wohnsitzwechsel trägt sie die Umzugskosten und zahlt überdies zusätzlich eine Wiedereinrichtungsbeihilfe, die sich beispielsweise bei der Umsetzung einiger hundert Bergarbeiter von Barsinghausen nach anderer Gebieten auf 2 400,- DM pro Mann belief.

Voraussetzung allerdings für diese Hilfsmassnahmen der Hohen Behörde ist, dass sie von der Regierung des jeweiligen Staates in Luxemburg beantragt werden und er sich grundsätzlich zur Hälfte an den anfallenden Kosten beteiligt. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass bislang noch jeder Antrag der Bundesregierung genehmigt wurde. In allen diesen Fällen sind und waren die Montanarbeiter nicht mehr allein auf die unzulänglichen Mittel der öffentlichen Unterstützung angewiesen. Es ist dies ganz ohne Zweifel eine epochenmachende Portentwicklung des rationalen Sozialrechts im europäischen Bereich. Bislang, das heisst, bis Mitte dieses Jahres stellte die Hohe Behörde derartige Anpassungsbeihilfen in Höhe von insgesamt 63 Millionen DM zur Verfügung. Von dieser Summe wurden 42 Millionen DM für die Stahlindustrie und den Erzbergbau und 21 Millionen DM für den Kohlenbergbau disponiert. Über 15 000 Bergarbeiter und zwar 3 100 in der Bundesrepublik, 5 600 in Belgien, 1 100 in Frankreich und 5 300 in Italien bezogen oder erhalten noch im Rahmen dieser Hilfsaktion Wartegelder bzw. Umsiedlungs- oder Umschulungsbeihilfen. In den jetzt angelaufenen Haushaltsjahr sind weitere 50 Millionen DM für Anpassungszwecke vorgesehen. Damit stellt die Hohe Behörde allein für dieses Jahr annähernd die gleiche Summe zur Verfügung wie in den vergangenen sechs Jahren insgesamt. Diese Summen sollen dem Bergarbeiter die Sorge vor der Arbeitslosigkeit vermindern.

Um den Beschäftigungsrückgang im Kohlenbergbau abzufangen oder zumindest doch zu mildern, schüttete die Hohe Behörde darüber hinaus 29 Millionen DM für die Finanzierung der Kohlenhalde aus, ein Betrag, der durch Aufwendungen der Mitgliedstaaten eine weitere Aufstockung erfährt. Dank dieser Summen konnten 4,2 Millionen t Kohle zusätzlich auf Halde genommen werden. Mit 2,5 Millionen t entfiel davon der grösste Teil auf die Bundesrepublik. Dem durch Feierschichten besonders hart getroffenen belgischen Bergbau wurden weitere 21 Millionen DM zugeführt, um die entstandenen Lohnausfälle erträglich zu halten. Durch weiteren Beschluss der Hohen Behörde stehen dem Kohlenbergbau Belgiens in den nächsten drei Jahren 21,5 Millionen DM als Anpassungshilfe für etwa 27 000 Bergarbeiter zur Verfügung. Diese Bergarbeiter haben dank dieser Hilfe die Aussicht, im Zuge der schrittweisen Schliessung ihrer unrentablen Schächte in neue Arbeitsplätze überführt zu werden. Zur Zeit prüft die Hohe Behörde die weitere Möglichkeit, Investitionen durch Zinsverbilligungen zu fördern, um auf diese Weise in den betroffenen Bergbaurevieren unmittelbar andere Produktionsanlagen mit neuen Dauerarbeitsplätzen zu schaffen. Oberster Leitstern der Hohen Behörde ist und bleibt dabei, die Arbeitnehmer des Kohlenbergbaus der Gemeinschaft vor den Risiken dieser krisenhaften energie-wirtschaftlichen Entwicklung zu schützen. + + + - 3 -

Algerien vor dem Gipfeltreffen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Beilegung des Algerienkrieges wird Anfang September in Paris eines der wichtigsten Themen in den Besprechungen des Präsidenten Eisenhower mit General de Gaulle sein. Der französische Staatschef begibt sich unmittelbar vorher, in den letzten Augusttagen, auf eine Inspektionsreise nach Algerien, von wo jetzt Premierminister Debré zurückgekehrt ist. Sind friedliche Lösungen in Sicht? Eisenhower hat vor seinem Zusammentreffen mit Chruschtschow alles Interesse, über den Verlauf des algerischen Konfliktes und über die französischen Absichten direkt unterrichtet zu sein. Andererseits befürchtet die französische Regierung, die Vereinigten Staaten könnten auf der UNO-Debatte im September bezüglich Algeriens eine neutrale Haltung einnehmen, was auch andere Staaten zu Stimmenthaltungen veranlassen und Frankreich in eine heikle Lage bringen würde.

Der Opfertod des algerischen Gewerkschaftsführers Aissat Idir hat die öffentliche Weltmeinung aufgerüttelt. In Frankreich selbst hat die Regierung eine amtliche Untersuchung über die Ursachen des Todes angeordnet. Der Erste Sekretär des Algerischen Gewerkschaftsbundes war seit drei Jahren in Haft und wurde nicht freigelassen, obwohl er gerichtlich freigesprochen war. Es soll nun festgestellt werden, ob er Folterungen oder einem selbst verursachten Brand zum Opfer fiel.

Unruhe und Friedenssehnsucht zeigen sich aber nicht nur in den internationalen Protestkundgebungen, sondern vor allem auch in Frankreich und in Algerien. Das geht auch aus dem Antrag des algerischen Parlamentsabgeordneten Chibi Abdelbaki Morbah (44) hervor, der eine "Befriedungs- und Versöhnungskommission in Algerien" verlangt. Chibi wurde im November 1958 in Bône gewählt, auf einer Liste, die den Titel "Brüderlichkeit, Fortschritt und Erneuerung" trug. Es ist viel darüber diskutiert worden, ob diese algerischen Abgeordneten

in der neuen französischen Nationalversammlung wirklich als authentische Vertreter der gesamten algerischen Bevölkerung und eventuelle "Gesprächspartner" gelten oder ob sie nicht eher als "amtlich bestellte Advokaten" zu betrachten sind. Die meisten von ihnen sind radikale Anhänger der "Integration", von der sich Chibi allerdings stets abgegrenzt hat.

Nun erhebt dieser algerische Abgeordnete seine Stimme und fordert "Versöhnung". Die Wiederherstellung des Friedens sei einfach eine "Lebensnotwendigkeit" geworden, schreibt er in der Begründung seines Vorschlages. Die täglichen Leiden für "alle" Algerier seien "unerträglich", die Situation sei "katastrophal", besonders die Landbewohner hätten "ununterbrochene Leiden zu ertragen, von deren Ausmass und Vielfalt man in der Metropole keine Ahnung hat." Der Frieden müsse deshalb "in kürzester Frist" wieder hergestellt werden. Wenn man diese "gerechte Forderung" weiter unerfüllt lasse, treibe man die algerische Bevölkerung in die "Verzweiflung" und riskiere "unabsehbare Folgen".

Die "friedliche und arbeitsame Bevölkerung" Algeriens, heisst es schliesslich, sei sich "ihrer Eigenexistenz bewusst geworden", ein deutlicher Anklang an die Idee der sogenannten algerischen "Eigenpersönlichkeit", die von den französischen Liberalen als Ersatz oder Etappe der nationalen Selbständigkeit aufgefasst wird. Chibis Vorschläge stossen selbstverständlich wieder auf schroffe Ablehnung bei den französischen Rechtsradikalen, während die Linke Kritik daran übt, dass er letzten Endes nichts weiter als die Schaffung einer neuen "Kommission" verlangt, bestehend aus Parlamentariern und Regierungsvertretern.

Jedenfalls wird auch in Paris nach einem Ausweg gesucht. Die Wirtschaftszeitung "Les Echos" schrieb dieser Tage, zur Lösung des Algerienproblems stünden immer noch "alle Türen offen". Das ist sehr wichtig im Hinblick auf die Entwicklung der internationalen Meinung, die kommende UNO-Tagung und das Zusammentreffen zwischen Eisenhower und Chruschtschow. Es liegt im Interesse Frankreichs, rechtzeitig eine positive und dauerhafte Lösung zu finden, wenn es nicht will, dass sie ihm von den Grossmächten aufgezwungen wird.

Niemals dürfen wir vergessen

Eine sehr interessante Darstellung über die hamburgischen Wiedergutmachungsleistungen für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung hat kürzlich die Sozialbehörde mit dem Vorwort von Senator Ernst Weiß herausgebracht. Sehr markant heißt es in diesem Vorwort: "Der Sinn aller staatlichen Wiedergutmachung besteht nicht nur darin, körperliche oder materielle Schäden der vom NS-Regime Verfolgten zu erstatten; er besteht in einem viel höheren Maße darin, das verletzte Recht herzustellen. Unzählige Menschen wurden allein wegen ihres religiösen oder politischen Bekenntnisses und ihrer aufrechten Gesinnung während des Dritten Reiches verfolgt und gepeinigt. Allein die Tatsache, als Jude geboren zu sein, bedeutete für Tausende von Angehörigen unseres Volkes ein entsetzliches Martyrium und den Tod."

Von dieser Warte aus gesehen, ist das Buch eine eindrucksvolle Aufklärungsschrift, der man möglichst weitgehende Verbreitung wünschen möchte. Eindringlich wird dann in einer einleitenden Darstellung der Wiedergutmachungsgeschichte darauf hingewiesen, daß, je größer der zeitliche Abstand zu den Jahren 1933 bis 1945 geworden ist, desto mehr leider im Volk an die Stelle des Bewußtseins, das zugefügte Unrecht wiedergutzumachen, die Neigung getreten ist, das damals geschehene Unrecht zu vergessen, zumindest jedoch zu bagatellisieren und die Wiedergutmachung mißtrauisch oder sogar mit unverhohlener Abneigung zu betrachten. Es sei leider eine nicht wegzudeckende Tatsache, daß große Teile des Deutschen Volkes den Sinn und Zweck und die Bedeutung der Wiedergutmachung noch niemals richtig verstanden haben. Diesen Tendenzen tritt darum die Schrift mit sehr überzeugenden Darstellungen entgegen.

Nicht besser konnte diese Absicht allerdings auch bekundet werden, als mit einem kurzen Rückblick auf das furchtbare Geschehen, das der Anlaß zur Wiedergutmachungsbewegung der späteren Jahrzehnte wurde.

Die Darstellungen beginnen mit der Erinnerung an den Reichstagsbrand. Er bildete für die NSDAP das Panal für die Zerschlagung der sozialistischen Parteien. Die Gewerkschaften und Genossenschaften und deren Einrichtungen wurden entweder gänzlich aufgelöst oder in nationalistische Organisationen übergeführt. Allein in den gewerkschaftlichen Orga-

nisationen Hamburgs wurden 450 Angestellte fristlos aus ihren Stellungen entfernt.

Von den religiösen Gemeinschaften sind nach der Darstellung der Sozialbehörde die jüdischen am stärksten betroffen. Die Zahl ihrer Mitglieder ist in Hamburg von damals mehr als 26 000 auf heute 1 400 Mitglieder abgesunken, von denen übrigens ein Teil erst nach 1945 erstmalig nach Hamburg gekommen ist. 7 000 Hamburger Juden sind in den Gaskammern von Auschwitz und Theresienstadt oder einer der vielen Mordstätten des Dritten Reiches umgekommen. Manche von ihnen, die sich durch die Flucht in ein europäisches Land bereits in Sicherheit glaubten, sind während des Krieges auf ihrem Fluchtweg durch Europa nochmals in die Hände der Nationalsozialisten gefallen und irgendwo in einem an der Peripherie des nationalsozialistischen Einflusbereichs liegenden Lager zugrunde gegangen.

Auch bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes in Hamburg hat sich die nationalsozialistische Verfolgung ausgewirkt. 2 200 Anträge auf Wiedergutmachung zeugen dafür beim hamburgischen Personal. Die Zahl der Betroffenen dürfte wesentlich größer sein, da viele von ihnen entweder keine Ansprüche gestellt haben oder vor Inkrafttreten des Gesetzes gestorben sind. Besonders einschneidend wirkten sich die Verfolgungsmaßnahmen in den freien, den künstlerischen und wissenschaftlichen Berufen aus. Ärzte, Künstler und Wissenschaftler, deren Ruf weit über die Grenzen Hamburgs hinausreichte, wurden gezwungen, mit ihren Familien ihre Heimat zu verlassen.

Es ist wichtig, diese grausamen Vorgänge noch einmal ins Gedächtnis zurückzurufen, denn sie bilden die Grundlage des ganzen Wiedergutmachungsgeschehens.

Möge das Buch der Sozialbehörde mit dazu beitragen, im Volke den tiefen Sinn der Wiedergutmachung verständlicher als bisher werden zu lassen und vor allen Dingen dazu führen, daß niemals unser Gewissen gegen das furchtbare Geschehen eingeschläfert wird.

"Hamburger Echo"

+ + +

Deutsche Nordgrenze - frei von Spannungen

zu. - Beiderseits der deutsch-dänischen Grenze herrscht ein höchst liberales Klima. Das geht aus einer Befragung der UNESCO hervor, die die Lage der Minderheiten im Grenzgebiet im Auftrage der Vereinten Nationen durch den Kopenhagener Soziologen Professor Svastoga untersuchen liess. Alle Fragen, die mit dem Bekenntnis zu den Nationalitäten zusammenhängen, wurden freimütig beantwortet. Niemand hatte Furcht.

Die Befragung beinhaltet natürlich nicht die politischen Voraussetzungen, die zu diesem Klima an der Grenze im Norden geführt haben. Es sollte aber darauf hingewiesen werden, dass der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident von Dänemark Hedtoft und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Diekmann es waren, die die ersten Minderheitenprotokolle formulierten, durch die eine grenzpolitische Entkrampfung eintrat. Diese durch die Sozialdemokraten begonnene Linie wurde dann von der Kieler CDU-Regierung fortgesetzt und es kam zu den Borr-Kopenhagener Minderheitsprotokollen, in denen gleichfalls der Grundsatz der grossen Freizügigkeit bestätigt wurde.

Bei der Befragung der UNESCO hat sich herausgestellt, dass das Deutschtum an sich in Nordschleswig stärker ist als an den Stimmen abgelesen werden kann, welche die "Slesvigsk Parti" die Partei der Deutschen Minderheit mit ihren einzigen Folketings-Abgeordneten Schmidt-Oxbüll erhält. Nur 64 Prozent der deutschen Nordschleswiger wählen diese Partei. Die anderen wählen eine dänische Partei und dabei - was in der UNESCO-Befragung nicht speziell festgestellt wird - überwiegend die dänischen Sozialdemokraten.

Die deutschen Volksangehörigen in Nordschleswig, soweit sie Sozialdemokraten sind, wählen die Dänische Sozialdemokratische Partei. Das ist jedoch nicht als Gleichgültigkeit gegenüber dem Deutschtum zu werten. Es entspricht vielmehr den internationalen Vorstellungen der Sozialdemokratie, dort für ihre politische Sache direkten Einfluss zu nehmen, wo das nötig ist. Das ist in diesem Fall die Kopenhagener Regierung.

Bemerkenswert ist ferner, dass nur knapp die Hälfte der deutschgesinnten Nordschleswiger ihre Kinder in eine deutsche Minderheitenschule schickte, von denen es in Dänemark über 30 gibt. Auch das wurde den Befragern der UNESCO ohne weiteres und offen berichtet. In der Stadt Tondern sagten 25 Prozent der Bewohner, dass sie sich zur Deutschen Minderheit bekennen. Nur 60 Prozent der deutschen Nordschleswiger sprechen täglich deutsch, wurde den Befragern weiter mitgeteilt. Vier von zehn Deutschen bedienen sich hauptsächlich der dänischen Sprache. Aber fast alle deutschen Nordschleswiger können beide Sprachen sprechen, lesen und schreiben.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler